



## **Änderungsantrag**

der Fraktionen von CDU und FDP

### **Eine verantwortliche Finanzpolitik für ein starkes Europa beginnt vor Ort**

Drucksache 17/ 1768

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die derzeitige Krise der Eurozone in erster Linie keine Währungskrise sondern eine Staatsverschuldungskrise ist, die ihre Ursache in der unverantwortlichen Schuldenwirtschaft einiger Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Währungsraumes findet.

Die Verantwortlichen auf Europa-, Bundes- und Länderebene sind nunmehr gehalten, jeweils für ihren Bereich darauf hinzuwirken, zu einer tragfähigen Stabilitätspolitik zurückzufinden.

Das Land Schleswig-Holstein hat durch die Verankerung einer wirksamen Schuldenbremse in seiner Landesverfassung, die konkrete Konsolidierungsschritte und ein vollständiges Nettoneuverschuldungsverbot ab 2020 vorschreibt, die richtige Grundsatzentscheidung getroffen. Mit dem Vollzug des Doppelhaushalts für 2011 und 2012 wird Schleswig-Holstein in den ersten beiden Jahren des Konsolidierungszeitraums sein strukturelles Haushaltsdefizit auf 780 Mio. Euro reduzieren und damit die Vorgaben des Stabilitätsrates mehr als erfüllen.

Nicht hehre Worte über die große Politik auf europäischer Ebene bringen unser Land voran, sondern die konsequente Umsetzung konkreter Maßnahmen in unserem eigenen Verantwortungsbereich. Diesem Weg weiß sich der Landtag auch künftig verpflichtet.

Tobias Koch  
und Fraktion

Katharina Loedige  
und Fraktion